

PERSÖNLICH



Landtag II in Aktion

Gäbe es einen Preis des Landtages – z.B. das goldene Messer – so würde es für die letzte Landtagssitzung dem Fraktionssprecher Regierungsrat a.D. Dr. Peter Wolff zufallen. Er reduzierte das EWR-Budget um eine runde Million, soviel wie die Motorfahrzeugsteuererhöhung, er sagte laut, dass ein Inkrafttreten des EWR-Vertrages vor dem 1. Januar 1995 absolut unmöglich sei, er setzte den Sitzungstermin für die nächste Budgetsitzung auf den 26. Oktober 1994, statt erst im Dezember und er liess uns endlich wissen, dass Liechtenstein einen, international gesehen, hohen Anteil an Aids-Kranken hat.

Beim Budget «Soziales» wurde deutlich, dass Peter Wolff ein langjähriger Sozialminister war. Man hörte Fragen zu Themen, von denen viele nicht einmal wussten, dass sie existierten, z.B. dass ein privates Büro, im Auftrag von Land und Gemeinden, Vorschläge ausgearbeitet hat, um die Altersheime zu reorganisieren und dass die Chancen einer Verwirklichung gut stehen. Endlich... möchte man beifügen, Dr. Wolff's Ausführungen zu den Verwaltungskosten der AHV-IV-FAK waren allerdings eher verworren. Finanzen

sind eben nicht seine Stärke. Einiges von alledem missfiel der Regierung – anderes, wie das Budgetdatum – dem Landtagspräsidenten. Das alles hat zur Auflockerung der Atmosphäre beigetragen und hat die parteipolitischen Abgrenzungen in vernünftigem Rahmen gehalten. Die Abstimmungsergebnisse waren daher keineswegs immer voraussehbar. Dreizehn Stimmen für die Rückweisung einer Steuervorlage an die Regierung, war eine happe Überraschung. Einzig bei der EWR-Diskussion konnte man den Eindruck gewinnen, in der einen Fraktion habe es nur Befürworter, in der anderen nur Kritiker bis Gegner. Das Stimmvolk denkt in dieser Frage kaum in solchen Parteikategorien.

Zwei Hauptthemen dominierten die Sitzung: die Finanzsituation des Staates und unsere europäische Zukunft. Eine Kritik an der derzeitigen Finanzpolitik fällt nur allzu leicht, die Schwächen sind weitgehend bekannt und werden eingesehen. Die grosse Mehrheit aller ist sich im Klaren, dass auch bei uns eine Finanzwende kommt. Die Einnahmen sind immer noch sehr hoch, der Zuwachs ist aber klein geworden. Die Ausgaben sind keineswegs im Griff. Schon ein Budget ohne grössere Investitionen schafft Schwierigkeiten. Die mehrjährige Finanzplanung hat somit nur einen geringen Planungswert. Wozu eigentlich einen Landesverkehrsplanungs-Wettbewerb – Abgabetag 17. Januar – wenn die Millionen nicht zur Verfügung stehen? Es war wenig erfreulich zu erleben, wie die Abgeordneten viel fragten, aber wenig Anträge stellten und noch weniger entschieden. Aufnäch-

stes Jahr wurde das «grüne Buch» versprochen. Ein Kampf um Kürzungen hat noch kaum stattgefunden, die Erhöhungsanträge hielten sich im üblichen Rahmen.

Das AHV-Weihnachtsgeld passte aber so gar nicht in die Sparappelle und in die später ausgeführten europäischen Visionen. (Persönlich möchte ich mich allerdings für das Weihnachts-Geschenk bedanken.) Ist es nicht ein völlig verkehrtes Signal, an Europa darzulegen, dass wir Sozialgeschenke machen können, auf welche die anderen, darunter die

reiche Schweiz, verzichten müssen? Für Invalide und Ergänzungsentner wäre es noch verständlich. Dieses Geschenk ist aber für alle. Die Erklärung mit der 12-fachen Über-

Es war wenig erfreulich zu erleben, wie die Abgeordneten viel fragten, aber wenig Anträge stellten und noch weniger entschieden.

deckung ist leider eine Milchmädchen-Rechnung. Auch wir sollten mit «worst case scenarios» arbeiten. Heute haben wir bei 30'000 Einwohner 20'000 Arbeitsplätze, fast ein internationaler Rekord. Normal wäre höchstens 15'000. Nun, die europäische Integration wird auch uns «normalisieren». Die riesigen Rentenansprüche bleiben aber bestehen aus der Pionier-Zeit. Es braucht dannzumal nur eine schwere Inflation und die 12-fache Überdeckung schmilzt wie Schnee. Wir sind eben nicht «normal».

Für unsere Zukunft das wichtigste Thema war unbestreitbar der EWR, obwohl es nicht galt, Beschlüsse zu fassen und, um es gleich vorwegzunehmen, ein Stop des Unternehmens «Option EWR» jetzt nicht vernünftig wäre. Man gibt der Regierung gerne recht, dass in den vergangenen Monaten zahlreiche kreative Lösungs-

ansätze gefunden wurden. Man kann die sog. Plattform als ein Wunderwerk der Lösungstechnik bezeichnen, für jeden Profi ein Leckerbissen. Man hat uns aber eben keine kreativen Ansätze versprochen, sondern einfache, schnelle und billige Lösungen und darum gab es eine 55prozentige Zustimmung. Nun, schnell geht es nicht, einfach ist die Lösung nicht und an die damaligen Kostenschätzungen von 3-5 Mio. Fr. pro Jahr, glaubt heute auch niemand mehr. Hier herrscht riesiger Erklärungsbedarf. Niemand fragte den Regierungsvertreter im Landtag, ob die anderen EWR-Partner nicht auch schnellere und einfachere Lösungen erwartet haben. Alle Fristen müssen neu ausgehandelt werden.

Es wird auch fast nur von Warenverkehr gesprochen. – Die Personenfreiheit kommt im Bericht nur sehr am Rande zur Sprache. Am vergangenen 7. Dezember erklärte der Fürst in Zürich: –«So sehr die uneingeschränkte Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen und Kapital innerhalb von Europa meiner Ansicht nach richtig ist, so finde ich die Freizügigkeit der Personen als störend. Mehr im Emotionellen liegt mein Widerstand gegen Gleichsetzung des Menschen mit Kapital, Dienstleistungen und Waren.» Diesem Wunsch mit Fristenvorbehalten zu begegnen wird sehr schwer fallen.

Es bleibt uns für eine Urteilsbildung wirklich nichts anderes übrig, als den Sommer 1994 abzuwarten. Die meisten von uns haben viel Verständnis für die Sorgen und Schwierigkeiten der Regierung, aber sie möge uns doch bitte nur Zumutbares zumuten.



Dr. Alfred Hilbe